



# Minderheitenschutz nicht aufs Spiel setzen

Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative

Am 25. November 2018 gelangt die «Selbstbestimmungs»-Initiative der SVP zur Abstimmung. Aus Sicht von RADIGAL als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen ist die Initiative abzulehnen. Würde die Schweiz damit doch ein negatives Signal an all jene Staaten aussenden, die den Minderheitenschutz nicht ernst nehmen.

Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle sind eine gesellschaftliche Minderheit. In vielen Ländern der Welt werden sie deshalb nach wie vor diskriminiert, in manchen droht ihnen sogar die Todesstrafe. Ob sie als Minderheit nicht diskriminiert, toleriert oder vielleicht sogar akzeptiert werden, hängt massgeblich von der Mehrheit ab. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) bildet eine wichtige Grundlage für den Schutz von Minderheiten gegenüber der Mehrheit. Die «Selbstbestimmungs»-Initiative stellt einen Frontalangriff auf die EMRK und damit auf diesen Schutz in der Schweiz dar.

### Negative Signalwirkung

In der Schweiz, welche die EMRK am 28. Novem-

ber 1974 ratifiziert hat, wird der Minderheitenschutz sehr ernst genommen. Unter den 47 Unterzeichnerstaaten zählt sie zu den Musterschülern. Die Initiantinnen und Initianten der «Selbstbestimmungs»-Initiative verlangen nun, dass völkerrechtliche Verträge wie beispielsweise die EMRK keine Wirkung mehr entfalten, sollten sie mit Schweizer Recht im Widerspruch stehen. Im Falle einer Annahme müsste über kurz oder lang mit der Kündigung der EMRK gerechnet werden. Hiermit würde die Schweiz als Musterschülerin in Sachen Minderheitenschutz ein negatives Signal aussenden.

### Wichtige Urteile zugunsten von Minderheiten

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verleiht der EMRK Nachdruck, notfalls

«Im Falle einer Annahme der SBI müsste mit der Kündigung der EMRK gerechnet werden.»

auch gegenüber anderslautendem nationalem Recht. Je nachdem mit mehr oder weniger Erfolg. Ungeachtet dessen haben Urteile des EGMR die Situation von LGBTI nachweislich verbessert. So musste das Vereinigte Königreich homosexuelle Handlungen entkriminalisieren, Russland, Polen, Georgien und Moldawien wurden dazu aufgefordert, Demonstrationen gegen Homophobie zu erlauben und Italien dazu, gleichgeschlechtliche Partnerschaften anzuerkennen. Im EGMR jeweils mit einer Richterin oder einem Richter vertreten, hat die Schweiz hierzu einen wichtigen Beitrag zur



Michael Lindenmann

Stärkung des Minderheitenschutzes geleistet. Damit dies so bleibt, braucht es auch Sicht von RADIGAL als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen am 25. November 2018 ein klares NEIN zur «Selbstbestimmungs»-Initiative.

**Michael Lindenmann**  
Vorstandsmitglied RADIGAL

### Was ist RADIGAL?

RADIGAL setzt sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Wir haben uns die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht zum Ziel gesetzt. RADIGAL ist der Ansprechpartner der FDP und der Jungfreisinnigen für Fragen rund um das Thema LGBTI. Weitere Informationen, Positionspapiere und eine Imagebroschüre auf Deutsch und Französisch finden sich auf unserer neuen Webseite [www.radigal.ch](http://www.radigal.ch).